

Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen erstens zur Abstimmung über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13512, den Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen.

(Zuruf von der SPD: Das war knapp!)

Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13512 in zweiter Lesung** mit den Stimmen der SPD, der Grünen, des fraktionslosen Abgeordneten Stüttgen gegen die Stimmen der CDU, der FDP, der Piratenfraktion und der fraktionslosen Abgeordneten Schulz und Schwerd **angenommen**.

Ich lasse zweitens über die Finanzplanung 2016 bis 2020 und Finanzbericht 2017 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13518, die Finanzplanung 2016 bis 2020 und Finanzbericht 2017 zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben?

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 16/13518 mit den Stimmen der SPD, der Grünen, des fraktionslosen Abgeordneten Stüttgen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Piratenfraktion und der fraktionslosen Abgeordneten Schulz und Schwerd **angenommen** und damit **die Finanzplanung 2016 bis 2020 und der Finanzbericht 2017 Drucksache 16/12501 zur Kenntnis genommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
(Arbeit, berufliche Weiterbildung, Integration, Soziales)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13511

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Kerkhoff das Wort.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte gibt uns Gelegenheit, darüber zu sprechen, mit welchen Maß-

nahmen, Ideen, Programmen und Debattenbeiträgen die Landesregierung bzw. der Arbeitsminister aufgefallen ist oder eben unauffällig geblieben ist.

Die gute Nachricht gleich zu Beginn: Auch in NRW geht die Arbeitslosigkeit zurück. Seit 2010 ist sie in ganz Deutschland um 19% gesunken, in Nordrhein-Westfalen nur um bescheidene 7%. Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen betrug im Oktober 2016 7,4 %. Das ist der niedrigste Stand seit fünf Jahren. Sie liegt aber deutlich über dem Bundeswert von 5,8 %.

19 % im Vergleich zu 7 % – das klingt vielleicht mathematisch-technisch, hat aber konkrete Auswirkungen. Denn in anderen Bundesländern – mittlerweile auch im Osten Deutschlands – haben Arbeitslose bessere Chancen, wieder in Beschäftigung zu kommen, als in Nordrhein-Westfalen. Wer arbeitslos ist oder wird und das Pech hat, in Nordrhein-Westfalen zu leben, dessen Chancen sind geringer als anderswo, wieder in Beschäftigung zu kommen. Das ist die Bilanz Ihrer Regierungszeit. Das ist nicht gut, und das muss sich ändern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen braucht einen Arbeitsminister und eine Landesregierung, die einen umfassenden Ansatz verfolgen – eine Landesregierung, die eben nicht nur in arbeitsmarktpolitischen Projekten denkt. Jetzt kurz vor Toresschluss, am Ende des Jahres 2016, kündigen Sie an, dass 14 Millionen € in den Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes fließen. Es sollen – das Ganze bei ca. 300.000 Langzeitarbeitslosen – 4.000 Stellen geschaffen werden. Das konnten wir zumindest den Medien entnehmen.

Ich halte fest, dass Ihr Konzept anscheinend nicht überzeugend genug war, um von Arbeitsministerin Nahles unterstützt zu werden. Und Ihre Kritik am Finanzminister im Bund in dieser Frage – in der Vergangenheit häufig hier gehört – geht am Kern der Sache vorbei.

(Minister Rainer Schmelzer: Nein!)

Sie selbst kommen mit einem Projekt aus dem Koalitionsvertrag kurz vor Weihnachten 2016 um die Ecke. Ein solcher sozialer Arbeitsmarkt lässt sich nicht zwischen Weihnachten und Silvester organisieren.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen braucht eine Landesregierung, die weiß, dass alles, was verteilt werden soll, zunächst erwirtschaftet werden muss, und die ein Bewusstsein dafür hat, dass eine vernünftige Wirtschaftspolitik Voraussetzung für das Entstehen von Arbeitsplätzen ist. Ich fordere einen Arbeitsminister, der sich als Standortminister versteht, der mit einem anderen Selbstverständnis agiert und sich immer dort einmischt, wo es um Beschäftigung geht. Das tun Sie nicht, und das ist

schlecht für das Land, für die Beschäftigten und diejenigen, die Arbeit suchen.

(Beifall von der CDU)

Herr Minister, was sagen Sie denn eigentlich Beschäftigten, deren Unternehmen sich aufgrund des LEP-Entwurfs an Ihrem Standort nicht erweitern können? Das sind die Unternehmen, von denen die IHK Bielefeld ganz konkret spricht. Ich will sie nennen: Im Kreis Minden-Lübbecke sind es 20 Betriebe mit 1.000 Mitarbeitern, im Kreis Herford 16 Betriebe mit 1.900 Mitarbeitern, im Kreis Gütersloh 20 Betriebe mit 2.400 Mitarbeitern, im Kreis Lippe drei Unternehmen mit 300 Mitarbeitern und im Kreis Höxter zwei Betriebe mit 50 Mitarbeitern. Wo ist der Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen an dieser Stelle? Wir hören nichts.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wieso muss ein Umweltminister Johannes Rimmel, wenn er wieder irgendwelchen Quatsch wie die Hygieneampel macht, nichts fürchten? Und wieso gibt es keinen Arbeitsminister in diesem Land, der sagt: „So geht das nicht, du gefährdest Arbeitsplätze!“? – Es ist schön für Johannes Rimmel, dass er so wirken kann, aber es ist schlecht für das Land und den Arbeitsminister, der sich nicht dafür interessiert oder sich nicht kümmert. Beides ist schlecht.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir setzen auf eine Arbeitsmarktpolitik nicht im Verständnis eines Reparaturbetriebes, sondern als Konzeption, die auf gute wirtschaftliche Entwicklung, Qualifizierung und gezielte Unterstützung setzt. Ihre Bilanz am Ende der Legislaturperiode lautet erstens, dass die Lage hier schlechter als in anderen Ländern ist, dass Sie zweitens sagen, dass immer die anderen die Schuld haben, und dass Sie drittens keine Bereitschaft zeigen, etwas davon ändern zu wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Alle Textbausteine verwendet!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Scheffler.

Michael Scheffler (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss schon manchmal, wenn ich die CDU-Beiträge hier im Plenum höre, sagen: Ganz viele von Ihnen scheinen in einem anderen Bundesland zu leben als ich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie zeichnen hier ein verzerrtes Bild und haben von den Problemen, die es an verschiedenen Stellen im Land gibt, anscheinend überhaupt nichts begriffen.

Lieber Kollege Kerkhoff, wir beide kommen doch aus einer Region, wo die Unternehmen brummen, wo wir an vielen Stellen fast Vollbeschäftigung haben. Ich kann mich noch an eine Schlagzeile von vor einigen Tagen erinnern, wo die Kreishandwerkerschaften verkündet haben, dass sie so volle Auftragsbücher wie nie zuvor in ihrer Geschichte und überhaupt keine Möglichkeit mehr haben, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finden, die bei ihnen beschäftigt sein können. Also lieber Kollege Kerkhoff, bitte kommen Sie in der Realität an und erzählen Sie uns nicht immer Dinge, die aus Ihren Sprechsätzen kommen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben nie abgestritten oder verheimlicht, dass wir an verschiedenen Stellen in Nordrhein-Westfalen eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit haben. Deshalb haben wir auch die Haushaltsanträge gestellt, zu denen ich gleich noch etwas sagen werde.

Zur ganzen Wahrheit aber, meine Damen und Herren, gehört auch, dass die ehemalige Bundesarbeitsministerin 2011 begonnen hat, die Eingliederungstitel für Arbeitslose nach und nach einzudampfen, sodass die Jobcenter heute über sehr wenig Gelder verfügen. Sie benutzten das, was an Eingliederungsmitteln da ist, zum Teil noch dazu, ihre Verwaltung zu bezahlen. Dafür tragen auch Sie mit die politische Verantwortung, meine Damen und Herren von der CDU. Und wie man so schön bei uns im Sauerland sagt: Machen Sie sich bei diesen Fragen nicht vom Acker. – Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall von der SPD)

Wir als Koalitionsfraktionen haben in der Tat beschlossen, dass wir weitere Gelder für den sozialen Arbeitsmarkt in NRW zur Verfügung stellen wollen: 14 Millionen € in 2017 und 30 Millionen € als Verpflichtungsermächtigung im Etat für 2018. Damit sollen Modellprojekte weiterentwickelt werden. Und ich kann Ihnen nur sagen: Das wird gut investiertes Geld sein, weil auch Menschen, die zwei oder drei Vermittlungshemmnisse auf dem Arbeitsmarkt haben, eine Perspektive bekommen müssen.

Ich behaupte immer, meine Damen und Herren: Wenn diese Perspektive da ist, werden wahrscheinlich sogar noch Gesundheitskosten eingespart werden können, weil die Menschen endlich wieder etwas Sinnstiftendes tun können. Damit würden wir das machen, was wir in Reden immer gerne sagen: Wir wollen Arbeit anstatt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Wir haben aus den 80er- und 90er-Jahren noch gute Erinnerungen an das Programm „Arbeit statt Sozial-

hilfe“, wo es viele Menschen gegeben hat, die aufgrund dieses Programms wieder einen Zugang in den ersten Arbeitsmarkt gefunden haben.

Ich glaube, das ist etwas, woran wir uns orientieren. Mit unserem ersten Programm zum Thema „öffentlich geförderte Beschäftigung“ haben wir an dieses Projekt von damals angeknüpft, meine Damen und Herren.

Ich muss natürlich auch ein Wort zu Bundesfinanzminister Schäuble sagen. Natürlich würden wir gerne auch im Bereich des sozialen Arbeitsmarktes und der öffentlich geförderten Beschäftigung mehr tun. Aber wenn der Bundesfinanzminister zum Passiv-Aktiv-Transfer Nein sagt, dann können wir in Nordrhein-Westfalen tun und lassen, was wir wollen, und werden trotzdem nicht die Erfolge haben, die wir gerne hätten. Insofern fordere ich den Bundesfinanzminister auch an dieser Stelle noch einmal nachdrücklich dazu auf, sein Njet zum Passiv-Aktiv-Transfer aufzugeben,

(Hendrik Schmitz [CDU]: Njet?)

hier Ja zu sagen und damit zu helfen, dass auch die Menschen, die ein, zwei oder drei Vermittlungshemmnisse haben, endlich auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Chance bekommen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, aufgrund der Kürze der Zeit möchte ich ein weiteres Thema nur kurz ansprechen. Wir haben im Landeshaushalt eine Verpflichtungsermächtigung für die Schulsozialarbeit in Höhe von 47,7 Millionen € vorgesehen, damit die Schulsozialarbeit auch weiterhin laufen wird. Auch hier nehmen wir unsere Verantwortung und unsere Verpflichtung wahr. Ich glaube, das sind wir den Kindern, die diese Unterstützung brauchen, schuldig.

Allerdings dürfen wir auch nicht vergessen, dass die Schulsozialarbeit seinerzeit aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts eingeführt worden ist. Auch hier war es Frau von der Leyen, die diese Gelder nach und nach gekürzt hat. Wir sehen den Bund nach wie vor in der Verantwortung, dass diese Aufgabe wahrgenommen wird, und fordern, dass der Bund wieder in die Finanzierung der Schulsozialarbeit eintritt.

Ich möchte noch ein Thema ansprechen, das die Betreuungsvereine betrifft; dazu haben wir in den letzten Wochen und Monaten viele Gespräche geführt. Wir als Koalitionsfraktionen haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass der Haushaltstitel für die Betreuungsvereine angehoben wird. Das wollen wir für den Landeshaushalt 2017 fortsetzen und stellen weitere 1,6 Millionen € in 2017 zur Verfügung, sodass den Betreuungsvereinen jetzt über 4,3 Millionen € für ihre Querschnittsarbeit und für die ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, wir nehmen als Koalitionsfraktionen, als Landesregierung und als Rot-Grün unsere soziale und arbeitsmarktpolitische Verantwortung in Nordrhein-Westfalen wahr. Unterstützen Sie uns dabei als Opposition! Dann können wir zusammen ein ganzes Stück vorankommen. Aber geben Sie hier nicht immer nur heiße Luft von sich. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Alda.

Ulrich Alda¹⁾ (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Michael Scheffler, vom Thema „Schulsozialarbeit“ sollten Sie besser die Finger lassen. Wir haben Sie erst dahin getrieben, dass sie überhaupt finanziert wird. Da hätten Sie ohne die Auftritte der Opposition gar nichts hingekriegt.

(Beifall von der FDP – Lachen und Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Die Sozialpolitik der rot-grünen Landesregierung verfehlt ihren selbst gesteckten Anspruch. Sie wollten ...

(Unruhe)

– Entschuldigung! Ist hier ein Arzt im Raum? Ich glaube, Sie könnten gerade einen gebrauchen. – Sie wollten die Armut – insbesondere die Armut von Kindern und Jugendlichen – abbauen. Sie haben die Aufnahme neuer Schulden mit der präventiven Wirkung höherer Staatsausgaben im Sozialbereich begründet.

Doch was haben Sie damit erreicht? Nichts haben Sie erreicht. Die Zahlen und Daten zeigen es eindeutig. Ich möchte nicht die Zahlen wiederholen, die Kollege Kerkhoff gerade hatte; denn wir haben eigene.

(Minister Rainer Schmeltzer: Nein, die waren auch nicht so gut!)

– Herr Minister, hören Sie sich das ruhig erst einmal an. Sie sind ja gleich dran.

(Minister Rainer Schmeltzer: Gott sei Dank!)

Gerade diese Woche hat es das statistische Landesamt veröffentlicht: Über 2,1 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen erhalten Leistungen zur sozialen Mindestsicherung. Mit 12 % liegt die Quote nicht nur deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 9,7 % der Bevölkerung, sondern sie ist auch gegenüber dem Vorjahr noch um fast 1 % gestiegen.

(Zurufe von der SPD)

Noch dramatischer ist die Situation bei den Kindern und Jugendlichen. Dort ist die Quote der Empfänger

von Mindestsicherungsleistungen von 18 % auf 19,7 % gestiegen. In Gelsenkirchen liegt sie sogar bei 39 %. Dort ist weit über ein Drittel aller Kinder abhängig von Transferleistungen.

Auch andere Statistiken bestätigen diese Entwicklung. Nach dem Sozialbericht des Landes, also Ihrem eigenen, ist die Quote der relativen Einkommensarmut auf 16,2 % angestiegen. Für Kinder und Jugendliche liegt sie bei sagenhaften 22 %.

Das Armutsrisiko in Nordrhein-Westfalen liegt nicht nur höher als in den anderen westdeutschen Flächenländern, sondern es ist auch stärker gestiegen als in allen anderen Bundesländern. Dies zeigt, dass all die Millionen, die Sie in ideologische Modellprojekte und in Programme wie zum Beispiel „NRW hält zusammen ...“ stecken, am Ende der Legislaturperiode nichts bewirkt haben.

Vielmehr haben sich die Situationen sogar noch verschlechtert. Ihre Lobeshymnen auf eine vorbeugende Sozialpolitik sind also völlig unangebracht. Erkennen Sie doch endlich, dass es vor allem zwei Dinge benötigt, um Armut zu reduzieren und mehr Lebenschancen zu schaffen. Wir brauchen mehr Qualität in der Bildung, und wir brauchen mehr Arbeitsplätze durch eine höhere wirtschaftliche Dynamik.

(Beifall von der FDP)

Doch wie sehen Ihre Ansätze zur Arbeitsmarktpolitik aus?

(Zurufe von der SPD)

Sie wollen jetzt noch einmal 14 Millionen € für einen sozialen Arbeitsmarkt bereitstellen. Dabei fördern Sie bereits mit einem Sammelsurium über den Europäischen Sozialfonds mit rund 135 Millionen € eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten. Hinzu kommen über 110 Millionen € für landeseigene Programme.

Doch mit allem finanziellen Aufwand gelingt es Ihnen einfach nicht, die Langzeitarbeitslosigkeit wirklich zu verringern. Jeder dritte Langzeitarbeitslose in Deutschland lebt in Nordrhein-Westfalen. Meine Damen und Herren, das sind über 300.000 Personen – ein Betonklotz, der sich seit Jahren nicht verändert. Unser Bundesland leidet unter der hohen verfestigten Arbeitslosigkeit wie kaum ein anderes Land.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Und die FDP hat leider keine Lösung dafür!)

In fast allen Arbeitsmarktstatistiken liegt NRW auf den schlechtesten Plätzen.

Sicherlich kann auch öffentlich geförderte Beschäftigung sinnvoll sein, um den festgefühten Sockel von Langzeitarbeitslosen in NRW mit vielfachen Vermittlungshemmnissen abzubauen. Da sind wir bei Ihnen,

und das unterstützen wir auch. Was uns aber unterscheidet, ist Folgendes: Sie darf sich aber nicht von der Zielrichtung hin auf den ersten Arbeitsmarkt verabschieden.

Mit ideologischen Spielwiesen wie der Initiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“ stellen Sie Instrumente eines flexiblen Arbeitsmarktes wie Zeitarbeit, Werkverträge und Minijobs generell unter den Verdacht des Missbrauchs, anstatt deren Bedeutung sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit unserer arbeitsteiligen Volkswirtschaft als auch als Einstiegschance für Arbeit und Teilhabe gerade für geringer qualifizierte zu sehen.

(Beifall von der FDP)

Um es auf den Punkt zu bringen: Sie können den Ungeist, den ich hier seit viereinhalb Jahren persönlich beobachten konnte – vorher von draußen in meinen 41 Arbeitsjahren –, Arbeitgebern nur zu misstrauen, einfach nicht ablegen. Für eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik bräuchten wir aber vor allem mehr Impulse für Investitionen und Wachstum. Dazu zählen bessere Bedingungen für Unternehmensgründer, eine Entlastung von bürokratischen Regulierungen sowie mehr Vertrauen in die Arbeitgeber – gerade im Mittelstand. Das ist nämlich das Rückgrat von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Deshalb brauchen wir eine andere Landesregierung – statt rot-grüner Haushaltspolitik, die mit viel Aufwand und neuen Schulden wirkungslos bleibt. Um einen Titel aus dem Rempel-Ministerium zu zitieren: Jetzt ist aber Sense. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Alda. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Kollegin Velte.

Jutta Velte (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie findet man jetzt eigentlich den Weg von der Rede von Herrn Alda zur Integrationspolitik? Ich glaube, er ist ganz einfach.

Ich habe einen sehr interessanten Bekannten, der seit vielen Jahren in unserem Land lebt. Er ist zu einer Zeit hierher gekommen, in der es kaum Integrationsmaßnahmen gab, in der es keine Sprachkurse gab und in der es für diesen Menschen keine arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gab. Er arbeitet, solange ich ihn kenne, seit etwa zehn Jahren, jetzt zum sechsten Mal in einer Zeitarbeitsfirma. Er hat in dieser Zeitarbeitsfirma mehr Zeiten der Arbeitslosigkeit als Arbeitszeiten verbracht – trotz herausragenden Fleißes.

Ich glaube, dass wir über dieses Beispiel einen guten Einstieg finden; denn das wollen wir ja für die Zukunft vermeiden. Deswegen haben wir mit dem Integrationsplan, mit den vielen Mitteln, mit der Verdoppelung des Integrationshaushaltes eines vor und auch schon verwirklicht: Wir stärken die Strukturen vor Ort. Wir stärken die Strukturen in den kommunalen Integrationszentren. Wir stärken die Strukturen auch in den Jobcentern. Wir stärken die Strukturen in den Schulen, in den Ehrenamtsbörsen und, und, und.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Warum tun wir das? Wir tun das, weil wir die Kräfte vor Ort, die vielen Menschen, die sich engagieren, die geflüchteten Menschen, die sich engagieren, die Integrationsagenturen, die sich engagieren, die Lehrerinnen und Lehrer, die sich engagieren, die Unternehmen – auch da gibt es ganz viele, die sich in diesem Teilbereich engagieren –, stärken wollen, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können und auch ihrer Pflicht oder ihrem Wunsch nachgehen können, gemeinsam Integration zum Gelingen zu bringen.

Darunter sind auch – da gebe ich Ihnen recht, Herr Alda – viele Unternehmerinnen und Unternehmer, die dort ihren Beitrag leisten und das auch gut machen.

Im Mittelpunkt des Integrationshaushaltes stehen die kommunalen Integrationszentren und auch die Migrantenelbsthilfeorganisationen; denn nur Menschen, die stark sind und sich sicher fühlen, können auch zur gelingenden Integration beitragen.

Jetzt gilt es, diese Dinge vor Ort umzusetzen, die Stellen zu besetzen – wir haben sehr viel Geld für Stellen ausgegeben – und vor Ort die Verwaltungsstrukturen gemeinsam mit den kommunalen Integrationszentren und mit den Integrationsagenturen aufzubauen, um das Ganze zu einer gelingenden Bürgergesellschaft weiterzuentwickeln, die auch die geflüchteten Menschen bei sich aufnehmen kann.

Wir haben den Haushalt seit 2015 mehr als verdoppelt. Wir geben mittlerweile im Integrationshaushalt etwa 60 Millionen € für die vielen Aufgaben aus, die die Kommunen jetzt übernommen haben. Aber ich höre schon die Rufe aus der Opposition, die dann sagen: „viel zu wenig“, „wo ist denn eigentlich die Wertevermittlung?“ usw.

Aber die 60 Millionen € sind auch nicht die ganze Wahrheit. Die 60 Millionen € stecken wir allein in die Integrationsstruktur. Wir stärken darüber hinaus die Jobcenter. Wir stärken den sozialen Arbeitsmarkt. Wir haben zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Wir haben die Volkshochschulen gestärkt. Wir geben Geld für Integrationslotsinnen – darüber wird die Kollegin Paul noch sprechen – für die Sportbünde aus, damit Integration durch Sport gelingen kann. Wir geben Geld in die Kultur, damit Integration durch Kultur gelingen kann. Wir geben Geld in die

Kitas, damit Integration in der frühkindlichen Bildung auch gelingen kann. Und wir geben Geld für die Frauen- und Mädchenförderung.

Meine Damen und Herren, wir haben in der vorletzten Plenarsitzung gemeinsam über den Integrationsplan diskutiert. Wir haben mit dem Integrationsplan auch Dinge versprochen. Wir halten mit dem Haushalt 2017 diese Versprechen ein. Und wir legen noch etwas obendrauf, weil wir fest davon überzeugt sind, dass gelingende Integration in Nordrhein-Westfalen ganz oben auf der Tagesordnung stehen muss und stehen wird.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen weiterhin, damit es auch in die Tat umgesetzt werden kann. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Velte. – Für die Piratenfraktion spricht nun Frau Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! „Arbeit und Soziales“ ist ein wichtiges Themenfeld; ja, natürlich. Aber seien wir doch einmal ehrlich: Es gibt im Land kaum eigene Mittel. Fast alles sind Durchleitungen von Bundesgeldern, oder es kommt zu einer Kreditfinanzierung durch das Land.

Dementsprechend hat sich meine Fraktion entschlossen, dem aktuell wichtigsten Thema, der Integration, die meiste Redezeit zu geben. Diese werde ich gleich im zweiten Teil auch nutzen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brand. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Unser großes Ziel von der Beteiligung aller und einer im umfassenden Sinne inklusiven Gesellschaft prägt insgesamt den Einzelplan 11.

Dies ist ein bewährtes Ziel, das sowohl die Arbeits- und die Integrations- als auch die Sozialpolitik dieses Landes in den letzten Jahren stark geprägt hat.

Die Herausforderung ist durch die Flüchtlingszuwanderung natürlich größer geworden, was sich in unserem Haushalt aber auch widerspiegelt. Insofern hätten Sie ruhig schon etwas dazu sagen können, Frau Brand. Der Einzelplan wird hier ja insgesamt diskutiert.

„Barrieren abbauen“ wäre unter anderem auch ein passender Titel gewesen. Barrieren sind nicht nur die fehlenden Rampen an der Treppe, sodass der Rollstuhlfahrer nicht zu seiner Ärztin kommt. Es kann auch die Sprachhürde sein, die einen Arbeitgeber davon abhält, zum Beispiel eine geflüchtete Frau einzustellen. Oder es kann die Barriere im Kopf sein, die dazu führt, dass ein Langzeitarbeitsloser keine Chance auf den beruflichen Wiedereinstieg erhält.

Wir wollen und werden das nicht einfach hinnehmen, sondern wir wollen weitere Veränderungen zu dem, was wir alles schon in der Vergangenheit getan haben. Genau dorthin fließen viele Mittel des Einzelplans 11.

Die uns zur Gestaltung zur Verfügung stehenden Gelder setzen sich zusammen aus Landesmitteln, aber in der Tat auch aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Unser Haushalt umfasst – Frau Brand, das ist richtig – daneben natürlich auch noch Bundesmittel. Insgesamt liegt der Etat des MAIS bei 4,5 Milliarden €. Das sind 270 Millionen € mehr als im Vorjahr. Dabei handelt es sich vorwiegend um Steigerungen im gesetzlichen Bereich.

Einige Schwerpunkte möchte ich Ihnen näher vorstellen und mit dem Thema – ich spreche jetzt schon davon, Frau Brand – „Integration“ beginnen. Nicht neu, aber in einen besonderen Fokus ist die Aufgabe der Integration gerückt. Mit der Flüchtlingszuwanderung kamen und kommen auch noch in kurzer Zeit Menschen zu uns. Sie zu integrieren und ihnen einen Zugang in die Gesellschaft, in das Bildungssystem, in den Arbeitsmarkt zu geben, sind besondere Herausforderungen. Zusätzlich dürfen wir natürlich nicht diejenigen vergessen, die vorher schon hier waren und dieselben Ansprüche haben.

Integration ist und bleibt eine Querschnittsaufgabe, zu der alle Ressorts der Landesregierung wichtige Beiträge leisten. Allein im Etat des MAIS stehen dafür in diesem Jahr über 55 Millionen € zur Verfügung – eine Summe, von der Integrationspolitiker noch vor zwei, drei Jahren nicht einmal zu träumen wagten. Wir setzen das Geld da ein, um in Nordrhein-Westfalen eine vielfältige und leistungsfähige Infrastruktur zu fördern, die sich vor allem im letzten Jahr bewährt hat und die große Aufgabe mit Tatkraft und mit beherztem Optimismus angepackt hat.

Lassen Sie mich etwas zu der Infrastruktur mit den Kommunalen Integrationszentren sagen. Dies ist eine Infrastruktur für Integration, die einzigartig in der Bundesrepublik Deutschland ist und die sich an dieser Stelle auch bewährt hat. Die Kommunalen Integrationszentren haben sich in den letzten Monaten als wandlungsfähig und leistungsstark erwiesen. Sie haben in diesem Jahr eine Reihe neuer Aufgaben gemeistert und sind ein gutes Angebot für die Kommunen, um die Zusammenarbeit der jeweiligen Akteure

zu verbessern, aber auch einen Überblick über Angebot und Nachfrage nach Integrationshilfen zu haben. Darüber hinaus unterstützen sie die Kommunalpolitik bei der strategischen Steuerung der Integrationsarbeit vor Ort.

Am 1. Januar 2017 nimmt das dann 53. Kommunale Integrationszentrum im Kreis Viersen seine Arbeit auf. Damit haben wir nur noch im Kreis Kleve einen schwarzen Fleck in dieser Struktur in Nordrhein-Westfalen.

Ab 2017 fördert das MAIS in den Kommunalen Integrationszentren der Kreise je eine zusätzliche Stelle, um der besonderen Koordinierungsanforderung im ländlichen Raum gerecht zu werden. Dazu kommen Sachmittel in allen Kommunalen Integrationszentren in Höhe von 50.000 €, um Sprach- und Kulturvermittler zu finanzieren. Insgesamt stehen somit den Kommunalen Integrationszentren Mittel in Höhe von 15,1 Millionen € zur Verfügung.

Natürlich wird wie im Vorjahr das Aktionsprogramm „KOMM-AN NRW“ in Höhe von 13 Millionen € weiter gefördert. Mit diesem Geld werden wir auch im kommenden Jahr vielfältige Maßnahmen fördern, die ein Beweis der Hilfsbereitschaft und der Kreativität der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer sind. Zudem läuft im Jahr 2017 die befristete Förderung der Personalstellen im Rahmen von „KOMM-AN NRW“ natürlich in vollem Umfang weiter.

Zu unseren Vorhaben gehört auch eine weitere Stärkung der Integrationsagenturen der Freien Wohlfahrtspflege in Höhe von 8,8 Millionen €. Neu dabei ist, dass wir im Jahr 2017 die Zahl der Antidiskriminierungsstellen von fünf auf zehn verdoppeln.

Ich möchte mich insbesondere bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem für die im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts eingebrachten Änderungen bedanken, die wir mit unserer Ergänzungsvorlage fortgeschrieben haben. Dies wäre sicherlich nicht ohne die konstruktive Diskussion des Integrationsplans des Landtags möglich gewesen. NRW stellt sich eben den großen Herausforderungen. Und langfristig wird unser Land von der Integration der Flüchtlinge profitieren.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Arbeitsmarktpolitik. Wie bereits erwähnt, muss Politik für alle Bürgerinnen und Bürger da sein. Die Flüchtlinge sind im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Das lässt aber andere mitunter aus dem Kegel der Scheinwerfer rücken.

Herr Kerkhoff, ich habe mir eben ein Schmunzeln nicht verkneifen können. – Wo ist er denn? Gar nicht mehr da.

(Zuruf)

Wenn Sie sagen, jetzt komme kurz vor Weihnachten der Minister mit der Idee eines sozialen Arbeitsmarktes, und es würden wieder ein paar Millionen Euro für ein Projekt in den Haushalt eingespeist, dann frage ich mich, wo Sie in den letzten Jahren gewesen sind.

ÖgB, öffentlich geförderte Beschäftigung, finanzieren wir hier in Nordrhein-Westfalen bereits seit 2013 – im Übrigen mit Erfolg, mit einer Vermittlungsquote in einzelnen Gebietskörperschaften von bis zu 59 % in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das ist Fakt.

Dies haben wir Richtung Berlin gespielt und mitgeteilt. Der überwiegende Teil der Arbeits- und Sozialminister der Bundesrepublik Deutschland aus den einzelnen Ländern – ein oder zwei Minister waren dagegen; ich stelle einmal die Quizfrage: wer mag das wohl gewesen sein? – war dafür, dass gesagt wird: Wir brauchen dringend den Passiv-Aktiv-Transfer. – Dieser wurde vom Kollegen Scheffler schon erwähnt. Es macht keinen Sinn, Arbeitslosigkeit zu finanzieren, obwohl wir in Nordrhein-Westfalen gezeigt haben, dass wir das sinnvoll in Arbeit machen können. Es ist einzig und allein der Bundesfinanzminister, der hier mauert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist keine Sozialpolitik, die hier vom Bundesfinanzminister ins Feld geführt wird, meine Damen und Herren.

Natürlich steht die Bundesarbeitsministerin zu allen diesen Dingen wie dem Passiv-Aktiv-Transfer und der Abschaffung des Deckels der Jobcenter von 20 %. Aber es nicht machbar. Sie sind doch Koalitionspartner, und zwar der größte Koalitionspartner.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU])

Wenn Sie hier sozialverträgliche Arbeitsmarktpolitik einfordern, dann sehen Sie zu, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin die Blockaden aufgeben und in die Menschen investieren und nicht in die Arbeitslosigkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das sind natürlich Menschen, die es schwer haben, eine Beschäftigung aufzunehmen. Ein wesentlicher Faktor, der die Beschäftigungsaufnahme erschwert, ist der fehlende Berufsabschluss.

Darum haben wir in Nordrhein-Westfalen – so viel zu dem Thema, man höre nichts von der Landesregierung; machen Sie einfach die Augen auf, und lesen Sie die Zeitung – „Kein Abschluss ohne Anschluss“, ein Übergangssystem für alle Jugendlichen, geschaffen. 39 Millionen € stellen wir hierfür aus ESF-Mitteln zur Verfügung. Hinzu kommen die Maßnahmen der Berufs- und Studienorientierung für rund 14 Millionen € aus Landesmitteln.

Im September haben wir die flächendeckende Ausweitung von KAoA auf alle Schülerinnen und Schüler der 8. Jahrgangsstufe zum Anlass für eine Zwischenbilanz genommen. Diese Zwischenbilanz kann sich sehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das Fazit lautet: KAoA wirkt. Im Vergleich zum NRW-Durchschnitt lassen sich gerade in den sieben Referenzkommunen positive Entwicklungen in Bezug auf eine Steigerung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, aber auch die zur Verfügung gestellten Ausbildungsstellen, eine Verringerung der unversorgten Bewerber und eine Reduzierung unbesetzter Ausbildungsstellen feststellen. Das ist also gut investiertes Geld.

Herr Kollege Alda, so viel sage ich zu den Fakten. Wir investieren in die Jugendlichen, und zwar auch für ihre berufliche Zukunft. Das können Sie nicht verdrängen. Diese Fakten sind da. Im Übrigen wird das demnächst auch in den Gebietskörperschaften, in denen Sie beheimatet sind, der Fall sein, weil wir flächendeckend KAoA eingeführt haben.

Flankiert wird KAoA mit 26 Millionen € für Ausbildungsvorhaben wie Verbundausbildung, Starthelfende, Teilzeitberufsausbildung und kooperative Ausbildung an Kohlestandorten. Eine erfolgreiche Ausbildung ist ein ganz wesentlicher Beitrag. Daher investieren wir in diesen Bereich ganz massiv. Das werden wir auch in Zukunft tun.

Meine Damen und Herren, damit junge Menschen gute Startbedingungen ins Berufsleben haben, ist Prävention eine wichtige Sache. Darüber hinaus haben wir uns um die Menschen gekümmert, die aktiv eingegliedert werden müssen. Wir investieren in Prävention sowie in Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung knapp 67 Millionen €.

Dazu gehören Projekte zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit mit öffentlich geförderter Beschäftigung, wie ich gerade ausgeführt habe. Dazu gehören auch Projekte zur Integration wie „Jugend in Arbeit plus“ und Inklusionsprojekte gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. Sie alle wurden erfolgreich in diesem Land durchgeführt. Das werden wir weiter fortführen.

Dazu gehören nicht zuletzt auch Basissprachkurse zur Arbeitsmarktintegration für Flüchtlinge und Projekte im Rahmen des Aufrufs „Starke Quartiere – starke Menschen“.

Meine Damen und Herren, flankierend stellen wir für Projekte, die pragmatisch und unmittelbar die Lebenssituation von bedürftigen und benachteiligten Kindern und ihren Familien verbessern, auch 2017 natürlich wieder 4 Millionen € zur Verfügung. Den Aufruf „Starke Quartiere – starke Menschen“ und das 4-Millionen-€-Programm habe ich gerade erwähnt.

Das soziale Netz umfasst im Einzelplan 11 weitere Hilfen. Vorgesehen sind etwa Mittel für den Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“, der bis Mitte 2020 verstetigt werden konnte. Das freut mich sehr; denn dabei handelt es sich um gut angelegte Gelder. Natürlich gibt es leider immer noch Kinder, die zwar von Armut betroffen sind, aber nicht unter das Bildungs- und Teilhabepaket fallen.

Auch beim Programm der zentralen Fachstellen für Hilfe in Wohnungsnotfällen verstetigen wir die investierten Mittel auch in Zukunft. Damit geben wir Menschen, die – oft ohne eigenes Verschulden – an den Rand unserer Gesellschaft gerutscht sind, die Möglichkeit, wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückzukehren. Diese Aufgabe ist eigentlich in den Kommunen verortet. Aber das Land hilft trotzdem, innovative Ansätze auszuprobieren, die vor Ort weitergeführt werden.

Meine Damen und Herren, da ich mit der Inklusion gestartet bin, möchte ich noch kurz auf ausgewählte Punkte der Inklusionspolitik eingehen.

(Zuruf von der CDU: Oh Gott!)

Seit diesem Jahr haben wir in Nordrhein-Westfalen eine flächendeckende Infrastruktur der trägerunabhängigen Beratung mit den sechs Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben aufgebaut. Das ist ein gutes Angebot für die Menschen mit Behinderung und ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft.

Einen Haushaltsposten darf ich in diesem Kreis hier in diesem Parlament in Nordrhein-Westfalen nicht unerwähnt lassen. Morgen werde ich in Lübeck im Rahmen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz einen weiteren wichtigen Schritt beim Aufbau der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ gehen. Wir werden morgen die Verwaltungsvereinbarung in Lübeck unterzeichnen.

Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen und herausstellen, dass alle Abgeordneten dieses Hauses und besonders der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Günter Garbrecht, eine ganz entscheidende Rolle dabei gespielt haben, dass es überhaupt zu einer solchen bundesweiten Vereinbarung gekommen ist. Dafür gebührt Ihnen unser Dank seitens der Landesregierung an den Landtag Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Schmeltzer. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Güler.

Serap Güler (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Kritikpunkte

zum Einzelplan 11, Integration, haben wir im Ausschuss ausführlich vorgetragen. Deshalb möchte ich die heutige Debatte dafür nutzen, eine Schlussbilanz zur rot-grünen Integrationspolitik zu ziehen.

(Guntram Schneider [SPD]: Au!)

Für uns als CDU-Fraktion waren diese sechs Jahre auch integrationspolitisch verlorene Jahre für Nordrhein-Westfalen. Sie mögen das als Oppositionsschwätz abtun.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Es waren verlorene Jahre, weil der Gestaltungswille innerhalb der Integrationspolitik bei Rot-Grün ganz offensichtlich gefehlt hat.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und Dr. Joachim Stamp [FDP])

Auch bundespolitisch haben wir zunehmend an Bedeutung innerhalb der Integrationspolitik verloren. Stattdessen hat Ihre Integrationspolitik Schlagzeilen gemacht, als es um Personalfragen ging. Die Staatssekretärin musste zurücktreten. Der Minister wurde ausgewechselt. Dies geschah in der Hoffnung, dass es vorangeht. Diese Hoffnung hat sich leider nicht bestätigt – „leider“ für die Sache.

Ich muss sagen: Man wünscht sich an der einen oder anderen Stelle tatsächlich Herrn Schneider als Minister zurück.

(Lachen von Minister Rainer Schmeltzer)

Wenn ich das hier sage, heißt das wirklich etwas. Ich war selten mit ihm einer Meinung. Aber er war immerhin jemand, der eine eigene Meinung hatte und der nicht jeden Satz vom Blatt ablesen musste.

(Lachen von Minister Rainer Schmeltzer)

„Integrationsplan“ habe ich mir als Notiz aufgeschrieben. Sie haben das als großen Wurf angekündigt, wo Sie alle mitnehmen wollten und wo es wieder um eine gemeinsame Sache gehen sollte. Dieser Plan hat sich letztlich als Flop erwiesen. Denn auch da haben Sie deutlich gemacht, dass kein Wille zu einer gemeinsamen Linie besteht. Vielmehr liest sich das Ganze als ein Sammelsurium – ohne wirkliche Verbesserungen in der Integrationspolitik, gerade was die Flüchtlinge betrifft.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Ein Punkt, der uns am Herzen liegt, den wir mit eingebracht haben, von dem wir gesagt haben „Das ist wichtig, das muss aufgenommen werden“, war die Schulpflicht. Da möchte ich Ihnen gerne den DGB-Chef Meyer-Lauber zitieren, der gestern in der „WAZ“ gefordert hat, endlich eine Lösung für die 18- bis 25-Jährigen zu finden, die ihren Schulabschluss nachholen wollen. Das Schulministerium müsse hier endlich Lösungen präsentieren.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Frau Beer, dann müssen Sie das ihm sagen, nicht mir. Anscheinend kommt es nicht nur bei mir so an, dass Sie da keine Lösungen haben, sondern genauso wird es auch draußen wahrgenommen.

(Beifall von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]:
Sie sind nicht up to date!)

Ich hatte gestern ein Gespräch mit dem Leiter der Bundesagentur für Arbeit hier in Düsseldorf. Er sagte zu mir: Frau Güler, das mit der Schulpflicht müssen wir regeln, das geht so nicht! – Erklären Sie es ihm, erklären Sie es nicht mir!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Noch einmal: Anscheinend kommt all das, was Sie als Verbesserungen hier verkünden, draußen bei den Menschen nicht an, weil es de facto keine gibt.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

In der letzten Plenarwoche haben wir hier, wieder pünktlich zur Wahl, über ein Thema gesprochen, das Rot-Grün immer wieder zum Wahlkampf herausgeholt hat, das war das kommunale Wahlrecht. Dieses Mal wird es auch wieder der Fall sein. Ich kann nur sagen, was dieses Thema betrifft, freue ich mich ungemein, damit in den Wahlkampf zu ziehen. Glauben Sie mir: Gerade die Migranten-Community lacht sich über diese Forderung von Rot und Grün mittlerweile nur noch schlapp. Das kauft Ihnen keiner mehr ab.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von
Torsten Sommer [PIRATEN] – Sigrid Beer
[GRÜNE]: Die CDU verhindert das!)

Der nächste Punkt – und damit möchte ich schließen – ist die Integrationspauschale des Bundes für die Kommunen. Wissen Sie, es reicht nicht, sich hier hinzustellen und zu sagen: Integration gelingt vor Ort. – Wenn Sie das ernst meinen, sorgen Sie dafür, dass die Akteure vor Ort auch mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet werden, und sacken Sie das Geld, was für die Kommunen ist, nicht hier im Haushalt ein, weil es dort nötiger ist denn je.

Wenn sich die Landesregierung hier hinstellt und sagt „Moment mal, wir sind in Vorleistung gegangen“, dann ist das der Gipfel der Absurdität. Sie sind nicht in Vorleistung gegangen. Integrationspolitik ist Landesaufgabe, meine Damen und Herren. Sie haben nur versucht, Ihre Pflicht halbwegs zu erfüllen.

(Beifall von der CDU)

Deshalb kann von Vorleistung hier keine Rede sein. Es reicht auch nicht, sich hier hinzustellen und zu sagen: Alle Demokraten müssen sich gegen die Rechtspopulisten zusammenschließen. – Das reicht nicht, Frau Beer.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Mit der Zuweisung hat
der Bund nichts zu tun!)

Wenn Sie nicht wollen, dass die Rechtspopulisten gerade in Regionen wie dem Ruhrgebiet erstarken, dann hören Sie auf Ihre Parteikollegen im Ruhrgebiet – ich denke da an Herrn Baranowski aus Gelsenkirchen oder auch an Herrn Link aus Duisburg –, die Sie hier kritisieren und die sagen: Dieses Geld gehört in die Kommunen.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Aber vom
Bund!)

Denn wenn das schief geht, wenn sich demnächst die Stadtspitze irgendwo im Ruhrgebiet oder sonst im Land hinstellt und sagt: „Ich muss die nächste Bibliothek oder das nächste Schwimmbad schließen wegen der Flüchtlinge“, dann ist das nicht nur Wasser auf die rechtspopulistischen Mühlen in unserem Land,

(Zuruf von den PIRATEN: Nein, das ist auch
gelogen!)

nein, dann werden, befürchte ich, auch wieder Sozialdemokraten im Ruhrgebiet irgendwelche Protestmärsche gegen Flüchtlingsheime organisieren.

(Zuruf von den PIRATEN: Biedermeier und
Brandstifter!)

Diese Sorge habe ich, und das sollte Ihnen Gedanken machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Güler. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Yetim.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Güler, ich dachte, wir reden jetzt über den Haushaltsplan. Dazu haben Sie jetzt nichts gesagt. Das ist auch in Ordnung, das müssen Sie selber für sich entscheiden.

(Serap Güler [CDU]: Danke!)

Nur, wenn Sie die letzten Jahre, die wir hier Integrationspolitik gemacht haben, nicht zur Kenntnis genommen haben, ist das Ihr Problem. Dann würde ich vorschlagen, dass Sie sich einfach einmal kundig machen und überlegen, was diese Landesregierung, was dieses Parlament bisher gemacht hat.

Ich will drei, vier Punkte für Sie in Erinnerung rufen: Einmal haben wir das Teilhabe- und Integrationsgesetz verabschiedet. Ich sage Ihnen, dass es viele Bundesländer gibt, die mittlerweile dieses Teilhabe- und Integrationsgesetz abkupfern. Das war für uns schon – und da haben wir auch sehr heftig miteinander diskutiert – eine Geschichte, die gezeigt hat, dass wir Nordrhein-Westfalen in der Integrationspolitik Vorreiter sind. Denken Sie an die kommunalen Integrationszentren – der Minister hat das

gerade ausgeführt –: eine Struktur, die einmalig ist. Denken Sie an unsere Integrationsagenturen – und wir haben davon 163 –, auch eine einmalige Geschichte. Es gibt sie auch in anderen Bundesländern, aber nicht in dieser Dichte, wie wir sie haben.

Ich finde, an der Stelle sollten Sie einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen und nicht versuchen, diese zu negieren, weil das unser Land schlechtmacht und weil Sie damit genau das erreichen, was Sie vermeiden wollen, nämlich den Rechtspopulisten Auftrieb zu geben. Das das haben Sie gerade getan.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Ich will zu den persönlichen Angriffen gegen den Minister nichts sagen, Frau Güler. Das ist Ihr Politikstil, das haben Sie bei Herrn Schneider schon gemacht, und das führen Sie hier fort. Ich finde das nicht in Ordnung; es hilft auch wiederum denjenigen, die immer davon reden, wir seien alle demokratieverdrossen. Wie wir miteinander umgehen, müssen Sie entscheiden.

Fest steht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir in Nordrhein-Westfalen vor sehr großen Herausforderungen stehen. Ja, wir hatten im Jahr 2015 eine Zuwanderung von 330.000 Flüchtlingen und haben ungefähr 230.000, die bei uns bleiben werden. Das ist eine riesige Herausforderung. Ich will an der Stelle deswegen ganz besonders denjenigen danken, die dabei geholfen haben. Das sind nicht nur die Behördenmitarbeiter, sondern insbesondere auch viele Tausend Ehrenamtler, die sich da eingesetzt haben.

Ich finde, die Landesregierung hat diese Herausforderung angenommen. Ich bin mir sicher: Wir sind auf einem hervorragenden Weg mit den Strukturen, die wir hier im Land Nordrhein-Westfalen haben. Frau Velte und der Integrationsminister haben gerade noch einmal verdeutlicht, was wir hier für Strukturen haben, die wir insbesondere über die letzten Jahre geschaffen haben. Das zeigt noch einmal ganz deutlich, dass die Kritik von der CDU an dieser Stelle völlig fehl am Platz ist.

Wir haben mit dem Programm „KommAn-NRW“ – und das hat der Integrationsminister gerade noch einmal verdeutlicht – insbesondere auch die Ehrenamtler im Blick. Denn das sind die Starken in dieser Gesellschaft, diejenigen, die sich für andere einsetzen, die sich ihre Freizeit abknapsen, die zum Teil sogar auf Familie verzichten, nur um anderen Menschen zu helfen. Das finde ich auch so hervorragend an dem Programm „KommAn-NRW“: Wir helfen denjenigen, die anderen helfen.

Liebe Kollegen von der CDU, aber auch von der FDP, in Nordrhein-Westfalen haben wir die allerbesten Grundlagen, das zu schaffen, was die Bundeskanzlerin mit „Wir schaffen das“ gemeint hat. Ich bin

davon überzeugt: NRW schafft das. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird Sie nicht überraschen: Wir lehnen den Integrationshaushalt ab. Bei Integration geht es um einen relativ kleinen Teil des MAIS-Haushalts, der natürlich auch in vielen anderen Bereichen eine Rolle spielt, beispielsweise im Innern, in der Schule.

Herr Kollege Yetim, es ist doch völlig unpolitisch, wenn man sich alleine mit diesen kleinen Posten hier auseinandersetzt. Wenn es im Haushalt um die Integration geht, dann muss man doch den Horizont ein bisschen öffnen. Die Frage ist, ob der Ihnen in der integrationspolitischen Debatte an der einen oder anderen Stelle möglicherweise fehlt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zu dem Einzelplan selber könnte man jetzt noch einiges sagen, was die kommunalen Integrationszentren angeht. Wir haben immer kritisiert, dass sie den Kommunen zu starr aufgepfropft worden sind, dass man die Vernetzung mit den Integrationsagenturen anders angehen könnte.

Aber ich möchte gerne noch einmal darüber sprechen, dass Ihr integrationspolitischer Ansatz insgesamt in die falsche Richtung geht. – Wir haben das sehr deutlich gemerkt, Frau Beer. Sie haben sich eben wieder mit Zwischenrufen hervorgetan.

Wir haben mit Ihnen verhandelt und dann erlebt, dass es bei Ihnen einfach immer sehr viel Geschwurbel gibt. Da ist immer von „ermöglichen“ die Rede, von „niemand zurücklassen“ und diesem Gruselkabinett an Allgemeinplätzen. Aber wenn es wirklich konkret wird, wenn von den Flüchtlingen eine entsprechende Integrationsleistung erwartet wird, wenn es vor allem um Geld im Haushalt geht, dann kneifen Sie. Dann stehen Sie doch gar nicht mehr zur Verfügung.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist ja lächerlich!)

Deswegen war es richtig, dass wir uns nicht zur Kulisse für eine völlig falsche Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen gemacht und die Gespräche beendet haben.

(Beifall von der FDP)

Ich will Ihnen das an drei Punkten konkret deutlich machen.

Der erste Punkt: Es gibt keinen Rechtsanspruch auf verpflichtende Integrationskurse für die Flüchtlinge, die in der Kommune angelandet sind – das halten wir für ein enormes Defizit –, damit gewährleistet ist, dass tatsächlich jeder in einem solchen Integrationskurs ankommt. Das ist nicht nur für das Erlernen der deutschen Sprache, sondern auch für die Wertevermittlung ein absoluter Grundstein.

Der zweite Punkt – die Kollegin Güler hat eben schon darüber gesprochen – ist das Fehlen einer temporären Verlängerung der Schulpflicht für Flüchtlinge. Wir haben wirklich mit Engelszungen auf Sie eingeredet. Hier konnten wir nicht mit Ihnen verhandeln, das haben Sie uns ganz deutlich erklärt.

Ich muss auch ganz ehrlich sagen: Dabei ist uns die Schizophrenie von Rot-Grün beim Thema Integrationspolitik deutlich geworden. Erst heißt es auf einem Sommerfest vonseiten der Sozialdemokraten: „Wir sehen das genauso wie Sie, aber die Grünen machen es die ganze Zeit kaputt“, dann gibt es zwei Tage Brainwashing, und in der nächsten Runde wird das komplette Gegenteil erzählt. Wir haben eben eine ganze Reihe prominenter Beispiele gehört, die uns bestätigen, dass wir die erweiterte Schulpflicht brauchen.

Sie machen den elementaren Fehler, den wir in Deutschland in den 50er-, 60er- und auch 70er-Jahren auch begangen haben, indem wir die Migranten nicht ganz anders an die Hand genommen haben. Trotz der mangelnden Integrationspolitik konnten wir in vielen Teilen hervorragende Biografien erleben, aber es gibt eben auch – das wissen wir doch alle – massive Integrationsdefizite. Daraus haben Sie nichts gelernt. Es gibt keine Verbindlichkeit in dem Integrationsplan.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn Sie solch einen Fehler, gerade wenn er in der Historie schon einmal passiert ist, wiederholen, machen Sie sich gegenüber jedem einzelnen Flüchtlingskind schuldig.

Der Flüchtlingsrat hat jetzt mitgeteilt, dass die Mittel noch nicht einmal für die Beschulung der Flüchtlingskinder insgesamt reichen. Darüber werden wir morgen noch in aller Ruhe miteinander sprechen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Müssen Sie mal nach Köln fahren!)

Wer dann sagt: „Kein Kind zurücklassen!“, der macht sich irgendwann lächerlich.

Dritter Punkt: Es fehlt auch – das hätte ich gerade von Rot-Grün erwartet – ein umfassendes Programm, um weibliche Flüchtlinge in Arbeit zu bringen. Speziell deren Berufstätigkeit müssen wir fördern, damit sich gerade aus patriarchalen Strukturen kommende Frauen hier weiterentwickeln können, damit tradierte Rollenbilder nicht fortgesetzt werden,

damit Menschen selbstbestimmt in dieser Gesellschaft leben können. Hier fordern wir eine verbindliche Unterstützung. Sie gendern, wir wollen konkret unterstützen. Das ist der Unterschied in der Praxis.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zu dem Änderungsantrag sagen, den Sie bezüglich der Landesarbeitsgemeinschaft gestellt haben. Ich bin nicht bereit, die Mittel für die LAGA zu erhöhen, damit es dann wieder eine völlig nutzlose Kampagne für das kommunale Wahlrecht auf Landesebene gibt. Wir alle wissen, dass das verfassungsrechtlich nicht geht.

(Michael Hübner [SPD]: Stimmt doch überhaupt nicht!)

Ich persönlich bin von der Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft – ich werde das auch morgen im persönlichen Gespräch vortragen – im Zuge der Flüchtlingssituation in den letzten anderthalb Jahren enttäuscht. Anstatt einen Akzent zu setzen, was die Integration der Flüchtlinge angeht, hat man eine völlig abstruse Kampagne zugunsten von Rot-Grün im Zusammenhang mit der Verfassungskommission gemacht. Das ist in die Hose gegangen. Deswegen behalte ich das jetzt nicht noch mit zusätzlichen Mitteln.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir brauchen ein Umsteuern in der Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen eine verbindliche Integrationspolitik und nicht eine Anhäufung von Floskeln. Deswegen lehnen wir diesen Haushalt und Ihre Integrationspolitik ab und bitten Sie, in der Weihnachtspause noch einmal intensiv darüber nachzudenken, ob man das alles zukünftig nicht ein bisschen besser machen kann. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Grochowiak-Schmieding.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Präventive und unterstützende Maßnahmen sind wichtige Säulen guter Integrations- und auch Sozialpolitik. Dass das die Damen und Herren von der Opposition aus CDU und FDP, insbesondere die Kollegen und die Kolleginnen, die bislang gesprochen haben, nicht verstanden haben, haben sie in der bisherigen Debatte ein-drucksvoll unter Beweis gestellt.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Belegen Sie das mal!)

Sei's drum. Meine Damen und Herren, Transferleistungen und Fördergelder der öffentlichen Hand werden in nahezu alle Bereiche unserer Gesellschaft vergeben. Wirtschaft, Kultur, Wohnungsbau, Verkehrswesen – sie alle leben mit der Förderung durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus gewähren Bund, Land und Kommunen Transferleistungen an Menschen, die alleine nicht existieren können. Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht vom derzeitigen Wirtschaftsboom profitieren, erhalten Unterstützung aus dem Steueraufkommen der Solidargemeinschaft.

Existenzsichernder Unterhalt alleine reicht aber oftmals nicht aus. Erst Beratung und eine begleitende Unterstützung befähigen viele, ihr Leben wieder in den Griff zu bekommen und selbstbestimmt zu führen. Für uns Grüne ist dies ein wichtiges Anliegen.

Daher begrüßen wir auch zum Beispiel den Ausbau nicht nur der kommunalen Integrationszentren, sondern auch der Beratungsstrukturen für Menschen mit Behinderung; denn damit hat die Landesregierung den Beschluss des Parlaments nunmehr umgesetzt. Wir haben mittlerweile sechs Kompetenzzentren für selbstbestimmtes Leben, die offiziell eingeweiht worden sind. Damit haben Hilfesuchende eine Anlaufstelle, wo sie einerseits erfahren, wie sie zu ihrem Recht kommen, andererseits, welche Möglichkeiten der individuellen Lebensgestaltung sie haben. Diese Maßnahmen führen oft genug dazu, dass die Menschen mehr Selbstständigkeit erlangen, weniger Fachleistung in Anspruch nehmen müssen und damit einen deutlichen Zugewinn an Lebensqualität erhalten.

Das zeigt sich auch bei weiteren Maßnahmen, die Rot-Grün auf den Weg gebracht hat. Investitionen in Beratung und begleitende Unterstützung markieren daher auch den Haushalt 2017. So werden wir in einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt investieren mit dem Ziel, gemeinsam mit Langzeitarbeitslosen eine positive Perspektive für sie zu erarbeiten. Das hat auch etwas mit Wertschätzung für diese Menschen zu tun, die wieder am sozialen Leben teilnehmen können sollen.

Die Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“, „KAoA“, ist schon mehrfach genannt worden. Sie wird in diesem Jahr nahezu alle Schülerinnen und Schüler ab der achten Klasse an öffentlichen Schulen erreichen. Damit werden junge Menschen wissen, welche Stärken und Schwächen sie haben. Mancherorts werden sie vielleicht auch viel besser wissen, was sie denn eigentlich wollen.

Mit der kontinuierlichen Förderung von Integrationsunternehmen haben wir in den letzten Jahren die Angebote zur beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung deutlich erweitert. Wir werden jetzt weitere 2,6 Millionen € im Haushalt bereitstellen und damit 230 bis 300 weitere zusätzliche Arbeitsplätze in

diesem Bereich schaffen können. Wir sorgen dafür, dass die soziale Arbeit an Schulen auch über das Jahr 2017 hinaus weitergeführt wird. Das ist einerseits ein wichtiges Signal für die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten. Andererseits – es ist wichtig, auch darauf immer wieder hinzuweisen – übernehmen wir als Land damit dort Verantwortung, wo sich der Bund verweigert.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Beifall von Michael Hübner [SPD])

Uns ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche die ihnen zustehenden Leistungen und Förderungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket auch wirklich erhalten. Tatsächlich hat sich gezeigt, dass das dort, wo die Beratung am besten und sehr gut läuft, auch am besten gelingt. Wir werden den Haushaltstitel für gesellschaftliche Inklusion aufstocken und damit Maßnahmen aus dem Inklusionsstärkungsgesetz, wie zum Beispiel die Partizipation am politischen Leben, unterstützen.

Die Sicherung der Arbeit der Betreuungsvereine zur Gewinnung und Unterstützung der ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer und weiterer Querschnittsaufgaben sind ein bedeutendes Thema, das wir bereits in den letzten Haushaltsjahren auf unsere Fahnen geschrieben haben. Für 2017 werden wir den nächsten Schritt gehen und die Finanzierung der Betreuungsvereine nun sicherstellen.

Von dem ursprünglich geringen – ich möchte nicht sagen: lächerlichen – Etatansatz in Höhe von 800.000 € in 2010, also noch zu Zeiten der FDP- und CDU-geführten Landesregierung, haben wir den Haushaltstitel bereits in den letzten Jahren schrittweise aufgewertet. In 2017 folgt nun die Erhöhung um weitere 1,6 Millionen € auf insgesamt 4,3 Millionen €. Mit dieser weiteren Erhöhung und mit den neuen Richtlinien des Ministeriums, mit denen insbesondere auf Basis- und Prämienförderung umgestellt wird, erfüllen wir die berechtigten Forderungen der Betreuungsvereine und sichern ihre wichtige Arbeit damit ab.

Meine Damen und Herren, all diese genannten Haushaltsmaßnahmen haben die personenzentrierte Unterstützung von Menschen zum Ziel. Geld verteilen alleine reicht nicht. In einer immer komplexer werdenden Welt brauchen Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – keinen Anschluss an unser gutes, reiches gesellschaftliches Leben finden, individuelle Ansprache und Unterstützung. Mit den Maßnahmen im Haushalt 2017 führen wir diese unsere Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, eindrucksvoll fort. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Grochowiak-Schmieding. – Nun spricht für die Piratenfraktion noch einmal Frau Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Auch ich will ganz kurz bilanzieren.

In den letzten vier Jahren haben wir intensiv über das Integrationsklima gesprochen. Deutschland ist ein Einwanderungs- und Aufnahmeland. Staatsangehörigkeit und Optionspflicht war das Thema. Was bedeutet das nicht auch symbolisch für das Integrationsklima? Das kommunale Wahlrecht und Einbürgerung: Welches Signal senden wir damit den Neubürgern? Antidiskriminierungsarbeit und interkulturelle Öffnung – nicht zuletzt bei der Suche nach Arbeit.

Bei aller Unterschiedlichkeit, auch bei den Summen, die wir gerne im Haushalt dafür ansetzen würden, hatten wir doch das gleiche Interesse bzw. ein gemeinsames Ziel: keine Ordnungs- und Sicherheitspolitik, sondern eine eindeutige Integrationspolitik zum Wohle der Menschen.

Aktuelle Diskussionen sehe ich allerdings wieder ordnungspolitisch. Wir haben die Wohnsitzauflage diskutiert. Die ist ja jetzt seit Anfang der Woche per Verordnung durch. Der Drops ist gelutscht, und in Zukunft werden wir den Flüchtlingen also vorschreiben, wo sie wohnen dürfen und wo nicht. Wir haben in der letzten Debatte nachgewiesen, dass die Wohnsitzauflage Integration verhindert bzw. blockiert und das völlig falsche Signal an die Neubürger sendet. Da haben Sie noch gesagt, Sie seien ja ganz alleine damit. Inzwischen wurde es wohl der Regierung schwummerig; denn auch die Grünen haben sich auf Landesebene äußerst kritisch zu der NRW-Wohnsitzauflage geäußert.

Es gibt den offenen Brief von zig NGOs, von der Diakonie und vom Flüchtlingsrat, die gebeten haben, sich das mit der Wohnsitzauflage in NRW noch mal zu überlegen. Aber es ist passiert: Wir haben die schärfste Wohnsitzauflage in ganz Deutschland. Unser roter Integrationsminister profiliert sich als Hardliner der Bundesrepublik, wenn es um die Flüchtlinge geht. – Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall von den PIRATEN)

Aber nicht nur die Wohnsitzauflage ist in den Vordergrund gerückt. Auch im Integrationsausschuss diskutieren wir mittlerweile über schnelles und konsequentes Abschieben. Das kann ich Ihnen anhand des einen oder anderen Ausschussprotokolls beweisen. Die Rhetorik hat sich also in den letzten Monaten alarmierend verändert. Es scheint, als sei das Integrationsministerium zu einer nachgeordneten Behörde des Innenministeriums geworden. Dabei gibt es so viel zu tun!

Die Studie des Instituts für Arbeit, des BAMF und der Sozioökonomischen Panels hat die Situation der Flüchtlinge ganz aktuell untersucht. Im Bereich der Beratungsangebote formuliert die Studie einen klaren Arbeitsauftrag an das Ministerium. Die große Mehrheit der Flüchtlinge kennt die speziellen Beratungsangebote für Bildung, Arbeit und Freizeit nicht. Die Asylberatung ist bei 73 % unbekannt. Die Migrationsberatung für Erwachsene ist bei 90 % unbekannt. Der Jugendmigrationsdienst ist bei 93 % unbekannt. Berufsberatende Arbeitsagenturen und Jobcenter sind bei fast 70 % unbekannt. Da müssen Sie tätig werden!

(Beifall von den PIRATEN)

Aus dem Bereich „Bildung“ möchte ich nur eine Zahl nennen: Nur 5 % der Geflüchteten über 18 Jahren besuchen gegenwärtig eine Bildungseinrichtung – also eine Schule oder Hochschule – oder machen eine Aus- oder Weiterbildung. 5 % – das ist unvorstellbar wenig. So sieht die Lebenswirklichkeit leider aus, und auch hier müssen Sie tätig werden!

Dieses ganze Wertevermittlungsgelaber hingegen kann ich nicht mehr hören. Das Stichwort ist ja heute in der Debatte nicht gefallen, aber wir hatten es letztes Mal noch im Integrationsausschuss. Es ist an den Haaren herbeigezogen und entspricht in keiner Weise der Lebenswirklichkeit der Geflüchteten.

Auch aus der Studie nenne ich gerne noch mal die Zahlen für die, die letztes Mal im Integrationsausschuss nicht dabei waren: 96 % der Geflüchteten gaben an, dass man ein demokratisches System haben sollte. 95 % der Deutschen gaben dasselbe an. Auch bei der Frage nach einem starken Führer stimmte die deutsche Bevölkerung mit einem Prozentpunkt mehr zu als die Geflüchteten. Freie Wahlen möchten 96 % der Geflüchteten. Bei der deutschen Bevölkerung sind es 92 %. Der Aussage, dass Frauen die gleichen Rechte haben sollen wie Männer, stimmen 92 % der Geflüchteten und der Deutschen zu. Dann noch etwas detaillierter: Der Aussage „Eine Arbeit zu haben, ist für eine Frau die beste Möglichkeit, unabhängig zu sein“ stimmen 86 % der geflüchteten Männer und 72 % der deutschen Männer zu.

Dann stellen Sie sich noch mal diese unsägliche Broschüre vor, in der den „dummen Ausländern“ unser Grundgesetz erklärt werden sollte, am besten mit einem Büchlein direkt am Eingang der Erstaufnahmeeinrichtung – unfassbar!

Zusammenfassend ist zu sagen: Gehen Sie wieder zurück zu einer ehrlichen Integrationspolitik, und lösen Sie sich vom Innenministerium und der mit diesem verbundenen Rhetorik! Packen Sie die Aufgaben an, verbessern sie die Beratungsangebote und die Freizeitangebote!

Leider verschlechtert sich durch Ihre Politik das Integrationsklima. Auch das zeigt wieder die Studie.

Das Gefühl, willkommen zu sein, nimmt mit der Zeit, die sich die Geflüchteten in Deutschland befinden, ab. Bei denjenigen, die 2015 und 2016 zu uns kamen, ist es von 65 % auf 56 % gesunken. Daher muss auch die Willkommenskultur weiter gefördert werden!

Zum Abschluss. 2013 und 2014 forderten wir die Verdopplung des Integrationshaushalts von 30 auf 60 Millionen €. Das wurde uns als Showantrag abgetan. 2015 kamen die Flüchtlinge, und 2016 wurde dann der Druck so hoch, dass Sie endlich handeln mussten. Heute, 2017, beträgt der Integrationshaushalt die von uns damals geforderten 60 Millionen €. Das ist aber heute leider wieder zu wenig.

Nichtsdestotrotz macht es noch keine Integrationspolitik, allein Geld zur Verfügung zu stellen. Sie müssen die Mittel an der richtigen Stelle einsetzen und vor allem mit der angemessenen Rhetorik vertreten. Wir vermissen diese Rhetorik, und das vor allem in den letzten Wochen und Monaten. Welche die richtigen Stellen sind, an denen Sie Ihre Mittel einsetzen sollten, konnten Sie gerade meiner Rede entnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brand. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zum **Einzelplan 11** – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales.

Die Fraktionen hatten sich ja darauf verständigt, zwischen 12:30 und 14:00 Uhr keine **Abstimmung** vorzunehmen, sodass wir die Abstimmung zu diesem Einzelplan dann **nach 14 Uhr** nachholen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14
Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13514

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Einzelplan 14 ist ein Wahlkampfhaushalt, wie er im Buche steht. Bei den nötigsten Dingen werden Mittel organisiert, um Aktivitäten zu simulieren. Vieles davon ist Kofinanzierung: Es gibt Kofinanzierungsmittel für das Breitbandausbauprogramm des Bundes, Kofinanzierung für EFRE, für die Vorziehung von Programmtiteln und für die Aufstockung dafür, damit man mög-

lichst noch in den ersten Monaten des Jahres Spatenstiche und Projektbescheide organisiert bekommt, damit es Bilder für den Wahlkampf gibt.

Das ist die Philosophie dieses Haushalts, der ansonsten einen durchaus erfreulichen Mittelzufluss ausweist. Das passiert mit Blick auf die Kofinanzierung an vielen Stellen jedoch nur mit wenigen eigenen Ideen, und das trotz anhaltend großer Herausforderungen. Wir haben mehrfach darüber gesprochen, dass das Jahr 2015 mit einer roten Null abschließen musste: Nullwachstum in 2015, Platz 16 von 16 sowie eine anhaltende Wachstumsschwäche seit dem Regierungswechsel vor nunmehr fast sieben Jahren, die sich auch in dieses Jahr hinein fortgesetzt hat.

Sie hangeln sich an Quartalszahlen entlang. Auch diese Quartalszahlen besagen nichts anderes, als dass Nordrhein-Westfalen ein um 10 % schwächeres Wachstum aufweist als der Bund. Das hat reale Auswirkungen. Seit dem Regierungswechsel 2010 ist die Arbeitslosigkeit außerhalb von Nordrhein-Westfalen doppelt so schnell gesunken wie bei uns. Hätten wir eine Entwicklung gehabt wie im Bundeschnitt, wären in Nordrhein-Westfalen jetzt 100.000 Menschen weniger arbeitslos.

Das hat auch Auswirkungen auf die Kommunen. Nach einer aktuellen Studie von IW Consult über die Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland befinden sich fünf der zehn schlechtesten Kommunen in Deutschland im Ruhrgebiet. Das war vor zwei Jahren noch nicht so. Eine Wachstumsschwäche zeigt sich nicht nur in einer Statistik, sondern das ist das reale Erleben von Menschen, die keinen Arbeitsplatz oder keinen Ausbildungsplatz finden, und deren Kommunen nicht gut dastehen.

Was fällt dieser Landesregierung gemeinsam dazu noch ein? – Nicht viel. Herr Duin muss seine industriepolitischen Leitlinien alleine vorlegen; er kann sie aber nicht alleine umsetzen, weil es eines Regierungshandelns in Summe bedarf. „unternehmer nrw“ kritisiert entsprechend, die Politik der Landesregierung weise in zentralen Politikfeldern noch in entgegengesetzte Richtungen. – In dem Wort „noch“ steckt Hoffnung. Als wolle man diese Hoffnung aufnehmen, springen Herr Groschek, Herr Walter-Borjans und Herr Duin auf die Grünen zu und kritisieren die „durchgrünte Gesellschaft“.

Ich frage mich, was eigentlich passiert, wenn Sie am Dienstagmittag zum Kabinett zusammenkommen. Beschimpft man sich dann gegenseitig, nach dem Motto: „Ihr seid durchgrünt“? Bekommen Sie Ihre Arbeit eigentlich noch auf die Kette? Passiert da noch was? Oder ist Ihre öffentliche Aufführung nur Show, und in Wahrheit arbeitet man schön brav die Agenda ab?